

Bundesrat

Drucksache 49/10

03.02.10

Gesetzesantrag

**der Länder Niedersachsen, Baden-
Württemberg, Hessen, Mecklenburg-
Vorpommern**

Entwurf eines Gesetzes zur Reform des Gerichtsvollzieherwesens

Der Niedersächsische Ministerpräsident

Hannover, den 3. Februar 2010

An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Bürgermeister
Jens Böhrnsen
Präsident des Senats der
Freien Hansestadt Bremen

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Regierungen der Länder Niedersachsen, Baden-Württemberg, Hessen und Mecklenburg-Vorpommern haben beschlossen, im Bundesrat die erneute Einbringung des dem Grundsatz der Diskontinuität unterfallenden

Entwurf eines Gesetzes zur Reform des Gerichtsvollzieherwesens
- Drucksache 150/07 (Beschluss) -

beim Deutschen Bundestag gemäß Artikel 76 Absatz 1 des Grundgesetzes zu beantragen.

Ich bitte Sie, die Beschlussfassung über den Gesetzesantrag im Bundesrat mit sofortiger Sachentscheidung in der Bundesratssitzung am 12. Februar 2010 herbeizuführen.

Mit freundlichen Grüßen

Christian Wulff